

**14.04.2026**

**Niederschrift 001/2026**

---

**Ausschuss für Natur, Umwelt und Klimaschutz**

am 09.03.2026 | Kreishaus Unna | Friedrich-Ebert-Straße 17 | 59425 Unna | C.002-C.003

**Beginn** 17:00 Uhr

**Ende** 19:00 Uhr

**Anwesend:**

**Vorsitzender**

Herr Eckhard Kneisel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Kreistagsmitglieder SPD**

Frau Nina Bartsch

Frau Martina Eickhoff

Frau Chantal Annabell Kuru

Frau Simone Symma

Herr Uwe Zühlke

Anwesend bis 18:10 Uhr

**Kreistagsmitglieder CDU**

Herr Olaf Lauschner

Herr Martin Niessner

**Kreistagsmitglieder AfD**

Herr Hans Herward Mangartz

Herr Uwe Georg Precker

**Kreistagsmitglied DIE LINKE**

Herr Matthias Merlin Meyn

**Sachkundige Bürger/innen CDU**

Herr Bernhard Albers

Herr Thomas Döring

**Sachkundiger Bürger BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Bernd Molitor

**Sachkundiger Bürger FFV**

Herr Eric Mattheis

**Verwaltung**

Herr Adrian Kersting, Dezernent | Dez. III

Herr Achim Wörmann, Fachbereichsleiter | FB 69 – Mobilität, Natur und Umwelt

Herr Marten Brodersen, Sachgebietsleiter | SG 69.2 – Wasser und Boden

Herr Kneisel begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Er teilt mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 27.02.2026 versandt wurde. Da sich auf seine Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt er die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, sodass wie folgt beraten wird:

## **Tagesordnung:**

### Öffentlicher Teil

- |                  |        |  |
|------------------|--------|--|
| <b>Punkt 1</b>   |        | Bestellung der Schriftführung und der stellv. Schriftführung   |
| <b>Punkt 2</b>   |        | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner   |
| <b>Punkt 3</b>   |        | Vorstellung der Zuständigkeiten des Ausschusses gem. Zuständigkeitsordnung (DS 173/25)                               |
| <b>Punkt 4</b>   | 039/26 | Allgemeinverfügung zum Verbot der nächtlichen Inbetriebnahme von Mährobotern im Bereich des Kreises Unna             |
| <b>Punkt 5</b>   | 042/26 | Nachbesetzung des Naturschutzbeirats bei der Unteren Naturschutzbehörde  |
| <b>Punkt 6</b>   | 038/26 | Errichtung einer 4,5 ha großen Freiflächen-PV-Anlage mit Zaunanlage in Werne   |
| <b>Punkt 7</b>   | 004/26 | Reduzierung der Saatkrähenpopulationen im Kreis Unna;<br>Antrag der SPD-Fraktion vom 20.01.2026                      |
| <b>Punkt 8</b>   | 026/26 | Bericht zum Umgang mit invasiven Arten im Kreis Unna;<br>Tagesordnungspunktverlangen der CDU-Fraktion vom 05.02.2026 |
| <b>Punkt 8.1</b> | 032/26 | Bericht zum Umgang mit invasiven Arten im Kreis Unna   |
| <b>Punkt 9</b>   |        | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen   |
| <b>Punkt 9.1</b> |        | Sachstand Grubenwassereinleitung   |
| <b>Punkt 9.2</b> |        | Überprüfung landwirtschaftlicher Betriebe  |
| <b>Punkt 9.3</b> |        | Sachstand Naturschutzgebiete Lippe- und Ruhrauen   |

### Nichtöffentlicher Teil

- |                 |  |  |
|-----------------|--|--|
| <b>Punkt 10</b> |  | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen |
|-----------------|--|--|





## Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

### **Punkt 6    038/26        Errichtung einer 4,5 ha großen Freiflächen-PV-Anlage mit Zaunanlage in Werne**

#### Erörterung

Herr Kersting führt zum Inhalt und Verfahren der vorliegenden Drucksache 038/26 aus.

Frau Eickhoff berichtet, dass das Thema im Naturschutzbeirat intensiv diskutiert worden sei. Es gebe in der SPD-Fraktion offene Fragen, die noch geklärt werden müssten, jedoch unterstütze die Mehrheit das Vorhaben.

Frau Symma schließt sich den Bedenken des Naturschutzbeirates an und äußert Unklarheiten bezüglich der Abstände zwischen den Modulen, der Größe der Module sowie der Auswirkungen auf die Tierwelt und die Autofahrer. Sie kritisiert zudem, dass die Kabeltrasse nur unzureichend thematisiert worden sei und keine Angaben zur Bodengüte vorlägen. Sie werde sich daher bei der Abstimmung enthalten.

Herr Molitor begrüßt grundsätzlich die Realisierung der Photovoltaikanlage, da die Förderung erneuerbarer Energien und die Reduktion von Treibhausgasen vorrangige Ziele seien. Er weist jedoch darauf hin, dass keine Angaben zu Batteriespeicherkonzepten vorlägen, die notwendig seien, um Strom bei negativen Strompreisen zu speichern. Herr Kersting erklärt, dass die Zuständigkeit für solche technischen Details nicht bei der Unteren Naturschutzbehörde liege, sondern beim Vorhabenträger. Er betont, dass die geplante Anlage eine umzäunte Freiflächenanlage sei, bei der die empfohlenen Reihenabstände von 5 Metern nicht relevant seien, da keine landwirtschaftliche Nutzung zwischen den Modulen vorgesehen sei.

Herr Lauschner äußert Bedenken hinsichtlich der Nutzung von Ackerland für Photovoltaikanlagen und plädiert für eine stärkere Nutzung von Dachflächen. Er weist darauf hin, dass der Gesetzgeber entlang von Autobahnen und Schienennetzen privilegierte Flächen für Freiflächenanlagen vorgesehen habe. Er fragt, in welchen Fällen der Naturschutzbeirat Einspruch erheben könne, und nennt als Beispiel den Schutz von besonders wertvollen Biotopen oder gefährdeten Arten.

Herr Wörmann erwidert, dass für solche Vorhaben ein landschaftspflegerischer Begleitplan erforderlich sei, um geschützte Arten zu berücksichtigen. Bei diesem Vorhaben sei jedoch ein überwiegendes öffentliches Interesse festgestellt worden, weshalb Naturschutzaspekte zurückgestellt werden könnten.

#### Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Landrat wird beauftragt, für die Maßnahme „Errichtung einer 4,5 ha großen Freiflächen-PV-Anlage mit Zaunanlage in Werne“ eine entsprechende Befreiung zu erteilen.

#### Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (2 Nein-Stimmen der AfD-Fraktion, 1 Enthaltung der SPD-Fraktion)

Erörterung

Frau Eickhoff erläutert den vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion.

Herr Kersting führt aus, dass die Kreisverwaltung als Untere Naturschutzbehörde für den Artenschutz zuständig sei und die Saatkrähe durch die EU-Vogelschutzrichtlinie sowie das Bundesnaturschutzgesetz streng geschützt werde. Er erläutert, dass Maßnahmen wie das Töten, Entnehmen oder Vergrämen der Tiere sowie die Veränderung ihres Lebensraums grundsätzlich verboten seien. In Holzwickede sei jedoch bereits eine Ausnahmegenehmigung erteilt worden, da die Population dort, insbesondere am Marktplatz, besonders hoch sei. In Unna sei die Stadtverwaltung bereits in Gesprächen, um ein gesamtstädtisches Konzept zu entwickeln. Herr Kersting weist darauf hin, dass die Kreisverwaltung die Kommunen beraten könne, jedoch nicht aktiv eingreifen dürfe. Er schlägt vor, auf Bundes- und EU-Ebene auf eine Anpassung des Schutzstatus der Saatkrähe hinzuwirken, ähnlich wie es beim Wolf bereits geschehen sei.

Herr Döring ergänzt, dass die CDU-Fraktion eine Anfrage an den Landtag gestellt habe, aus der hervorgehe, dass die Saatkrähenpopulation von 1.200 Brutpaaren im Jahr 1976 auf etwa 20.000 Brutpaare im Jahr 2023 angestiegen sei. Er verweist darauf, dass in anderen Ländern bereits Maßnahmen zur Bejagung der Saatkrähe auf nationaler Ebene ermöglicht worden seien, was in Deutschland jedoch nicht der Fall sei. Er schlägt vor, gemeinsam mit den betroffenen Kommunen Soest, Unna und Holzwickede sowie der Landwirtschaft an die Bezirksregierung heranzutreten, um rechtliche Möglichkeiten zur Problemlösung zu erörtern.

Auf Nachfrage von Herrn Meyn erklärt Herr Kersting, dass Vergrämungsmaßnahmen zum Beispiel das Entfernen von Nestern oder das Unbrauchbarmachen von Eiern unter bestimmten Voraussetzungen umfasse.

Herr Kneisel weist darauf hin, dass die Zuständigkeit für die Durchführung von Maßnahmen bei den Kommunen liege und der Kreis diese lediglich unterstützen könne. Er regt an, den Antrag dahingehend zu ändern, dass die Formulierung „umzusetzen“ gestrichen werde, da dies nicht in den Zuständigkeitsbereich der Kreisverwaltung falle. Frau Eickhoff stimmt dem Vorschlag zu und schlägt vor, die Formulierung entsprechend anzupassen, sodass die Kreisverwaltung beauftragt werde, Maßnahmen zu prüfen und die Kommunen zu unterstützen. Der geänderte Antrag wird zur Abstimmung gestellt.

Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:

Die Kreisverwaltung wird beauftragt, im Rahmen der geltenden gesetzlichen Vorgaben und unter Ausschöpfung des zulässigen Ermessens zeitnah geeignete Maßnahmen zu prüfen, um die Krähenpopulation im Kreis Unna, insbesondere in den Kommunen Holzwickede und Unna, auf ein rechtlich zulässiges Maß zu begrenzen.

Dabei ist eine Abstimmung mit den betroffenen Kommunen vorzunehmen, soweit dies ohne wesentliche Verzögerungen möglich ist bzw. sollen diese bei entsprechender Antragstellung unterstützt werden.

Der Kreistag bzw. der zuständige Ausschuss sind regelmäßig über die ergriffenen oder geprüften Maßnahmen zu informieren. Zudem ist darzustellen, welche rechtlichen Vorgaben oder Beteiligungserfordernisse anderer Behörden einer weitergehenden Reduzierung entgegenstehen.

## Abstimmungsergebnis

mehrheitlich beschlossen (1 Nein-Stimme der Fraktion DIE LINKE)

### **Punkt 8 026/26 Bericht zum Umgang mit invasiven Arten im Kreis Unna; Tagesordnungspunktverlangen der CDU-Fraktion vom 05.02.2026**

#### **Punkt 8.1 032/26 Bericht zum Umgang mit invasiven Arten im Kreis Unna**

##### Erörterung

Herr Wörmann beantwortet anhand einer Präsentation (siehe Anlage 2) die Anfrage der CDU-Fraktion. Er hebt die Herausforderungen hervor, die durch Neozoen wie den Riesenbärenklau und die asiatische Hornisse entstehen. Er erläutert die Problematik invasiver Arten in Deutschland, wo etwa 200 Neozoen rund 35.000 einheimischen Tierarten gegenüberstehen. Er beschreibt die drei Phasen der Ausbreitung invasiver Arten und betont die Schwierigkeiten bei der Bekämpfung etablierter Arten wie der asiatischen Hornisse.

Herr Albers weist auf die erheblichen Probleme mit Waschbären und Nutrias hin, insbesondere im südlichen Bereich des Kreises Unna. Er schildert, dass Waschbären erhebliche Schäden verursachen, sowohl in Siedlungsbereichen als auch in der freien Feldflur. Er kritisiert, dass die Jagd auf Waschbären durch bürokratische Hürden erschwert werde, und erkundigt sich nach Zuschüssen für Fallen und Melder, um die Arbeit der Jägerschaft zu unterstützen. Zudem hebt er die Gefährlichkeit der Nutrias hervor, insbesondere für Hunde, und fordert Maßnahmen zur Eindämmung.

Herr Kersting erklärt, dass die Bereitstellung von finanziellen Mitteln für solche Maßnahmen in der Hand der Politik liege und im Rahmen der Haushaltsplanung berücksichtigt werden müsse.

Herr Döring empfiehlt eine stärkere Einbindung der Emschergenossenschaft und des Lippeverbandes in die Bekämpfung invasiver Arten.

Herr Albers berichtet von einer Tagung, bei der Handarbeit als effektivste Bekämpfungsmethode gegen das Jakobskreuzkraut hervorgehoben worden sei. Er betont die Bedeutung des Problems, insbesondere für Pferdebetriebe, und weist darauf hin, dass das Jakobskreuzkraut nicht nur auf Kulturflächen, sondern auch entlang von Straßen und Autobahnen stark verbreitet sei. Er fordert verstärkte Anstrengungen zur Eindämmung.

Die Drucksachen 026/26 und 032/26 werden zur Kenntnis genommen.

### **Punkt 9 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen**

#### **Punkt 9.1 Sachstand Grubenwassereinleitung**

Herr Brodersen informiert anhand einer Präsentation (siehe Anlage 3) über den aktuellen Sachstand zur Grubenwassereinleitung. Er berichtet über den Stand des Verfahrens, die Abstimmungen mit Umweltbehörden und wesentliche Punkte aus der Stellungnahme, wobei zentrale Themen wie PCB-Belastungen und die geplante Befristung der wasserrechtlichen Erlaubnis zur Sprache kommen.

Eine engmaschigere Überwachung und ein angepasstes Monitoring seien ebenfalls gefordert worden, was die Bergbehörde tendenziell unterstütze. Zudem sei ein Erörterungstermin in Präsenz angeregt worden.

Herr Kneisel ergänzt, dass dieser Termin nicht öffentlich sei.

## **Punkt 9.2                      Überprüfung landwirtschaftlicher Betriebe**

Herr Brodersen berichtet anhand einer Präsentation (siehe Anlage 4), dass seit Oktober ein neuer Mitarbeiter für die landespflegerische Betreuung tätig sei und seit dem letzten Monat die kreisweite Überprüfung landwirtschaftlicher Betriebe mit Ziel Gewässerschutz laufe. Innerhalb von fünf Jahren sollen alle Betriebe geprüft werden, mit Fokus auf Beratung und Sensibilisierung. Schwerpunkte seien u. a. JGS-Anlagen und Pflanzenschutzmittellager.

Bisher seien 14 Betriebe kontrolliert worden, hiervon zwei Drittel ohne Mängel, ein Drittel mit geringfügigen oder erheblichen Mängeln, jedoch keine gravierenden Verstöße. Typische Mängel würden u. a. Tankanschlüsse, Zapfschläuche und fehlende Abdichtungen betreffen. Positiv hervorgehoben werden funktionierende Entwässerungssysteme und sachgerechte Lagerlösungen.

## **Punkt 9.3                      Sachstand Naturschutzgebiete Lippe- und Ruhrauen**

Herr Kersting berichtet, dass der Kreistag der Verwaltung im März 2023 den Auftrag erteilt habe, Teile der Landschaftspläne in Holzwickede, Schwerte und Fröndenberg in die Ausweisung eines Naturschutzgebietes umzuwandeln. Der entsprechende Aufstellungsbeschluss sei bereits erfolgt, und die Verwaltung arbeite aktiv an der Umsetzung. In der vergangenen Woche habe ein erster informeller Termin mit der Landwirtschaft für den Bereich Holzwickede stattgefunden.

Er hebt hervor, dass diese Gespräche frühzeitig geführt würden, um eine abgestimmte und für alle Seiten zufriedenstellende Gebietskulisse zu entwickeln. Dabei betont er, dass die Verwaltung sich bewusst sei, wie sensibel die Thematik für die Landwirte sei, insbesondere im Hinblick auf die Gebietskulisse und die damit verbundenen Auswirkungen. Ziel sei es, durch den Dialog Missverständnisse zu vermeiden und eine tragfähige Lösung zu erarbeiten. Abschließend stellt er klar, dass derzeit keine konkreten Daten oder Fristen für den Abschluss der Arbeiten vorliegen, da sich die Verwaltung noch mitten im Arbeitsprozess befinde.

### Anlagen

1. Vorstellung FB 69 (Präsentation zu TOP 3)
2. Umgang mit invasiven Arten (Präsentation zu TOP 8.1)
3. Sachstand Grubenwasser (Präsentation zu TOP 9.1)
4. Hof-Check (Präsentation zu TOP 9.2)

gez. Sonja Risy  
Schriftführerin

gez. Eckhard Kneisel  
Vorsitzender